

## BUNDESPRÄSIDENTSCHAFTSWAHL 2004

# Trau, schau, wem

## Benita Ferrero-Waldner



10. Jul. 2001 Gemeinsam mit den anderen Regierungsgliedern heftige **Verteidigung des menschenrechtswidrigen § 209 StGB** vor dem Verfassungsgerichtshof:

Das antihomosexuelle Sonderstrafgesetz diene dem „Schutz des heranreifenden jungen Menschen vor sexueller Fehlentwicklung“. Für Jugendliche bedeute eine homosexuelle Ersterfahrung mit einem Erwachsenen „so gut wie immer einen erheblichen Schock“.

*Männliche Jugendliche, die in eine homosexuelle Beziehung geschlittert seien, reagierten „oft ähnlich mit Verschweigen, wie dies bei Opfern von inzestuösen Beziehungen zu beobachten ist“. Durch die Befunde der „Gruppe der Homosexuellen als Risikogruppe für Aids“ treten bei den Jugendlichen „panische Ansteckungssängste auf, mit denen sie nicht fertig werden“.*

*Heterosexuelle Jugendliche würden durch homosexuelle Kontakte erheblich irritiert und gestört und in ihren späteren heterosexuellen Beziehungen belastet. Die umgekehrte Gefahr für homosexuelle Jugendliche durch die Veranlassung zu heterosexuellen Kontakten bestünde „praktisch kaum“, weil homosexuelle Jugendliche „ohnehin ständig mit einer heterosexuellen Welt konfrontiert“ seien (frei nach dem Motto: „Wer leidet, kann ruhig noch ein wenig mehr leiden“; Anm.).*

24. Aug. 2001 Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage zur BürgerInneninitiative „Gleich viel Recht für gleich viel Liebe“:  
*Keine Beantwortung der Frage, ob ein Diskriminierungsverbot bzw. die rechtliche Absicherung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften notwendig sei. Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates seien nicht verbindlich, und die Definition der „Familienangehörigen“ bei Bediensteten*

## Heinz Fischer



29. Apr. 2000 Bundesparteitag / Unterstützung der SoHo-Anträge (inhaltlich & Aufnahme ins Parteistatut) für umfassende Homosexuellenrechte als Vorsitzender der Antragsprüfungskommission

6. Feb. 2001 Auftaktpressekonferenz von „EUROPRIDE 2001“, Fischer zu Homosexuellen Rechten:  
*Österreichs Rückstand wird immer größer*

18. Mai 2001 Überreichung der LesBiSchwulen Bürgerinitiative „Gleich viel Recht für gleich viel Liebe“ an Nationalratspräsident Fischer:  
*„Mehrheit der Bevölkerung mit der derzeitigen Gesetzeslage nicht zufrieden“, „bestehe angesichts der in anderen EU-Ländern erzielten Fortschritte Reformbedarf“*

22. Mai 2001 Presseaussendung - Fischer:  
*Vorstoß zur Aufhebung des § 209*

30. Jun. 2001 Abschlußveranstaltung des LesBiSchwulen Festivals „Europride 2001“ am Wiener Heldenplatz – Fischer:  
*„Es geht um mehr: Es muss nicht nur das Strafrecht in diesem Punkt entkriminalisiert werden, sondern es müssen auch gleichberechtigte Lebenschancen geschaffen werden, etwa im Spital, am Arbeitsplatz, bei Wohnungen, bei Besuchsrechten. Es gilt umfassende Gleichberechtigung zu schaffen.“*

22. Juli. 2001 Fischer zu Paragraph 209:  
*Mittelalterliche Regelung durch europäische Standards ersetzen*

25. Jun. 2002 Fischer:  
*Aufhebung des Paragraphen 209 ist „wichtige rechtspolitische Entscheidung“... dürfe das Erkenntnis des VfGH nicht dazu verwendet werden, um „neue diskriminierende Schutzbestimmungen aufzubauen“*

ten des Außenministeriums werde weiterhin auf Ehegattinnen (sic) und Kinder beschränkt bleiben. Die EG-Antidiskriminierungsrichtlinien würden in Österreich „fristgerecht und vollständig“ umgesetzt werden (die Umsetzungsfrist ist am 03.12.2003 abgelaufen und Österreich hat immer noch kein Antidiskriminierungsgesetz; Anm.)

**14. Feb. 2002** Gemeinsam mit den anderen Regierungsmitgliedern neuerlich heftige **Verteidigung des menschenrechtswidrigen § 209 StGB** vor dem Verfassungsgerichtshof mit denselben Argumenten wie am 10. Juli 2001.

**17. Jan. 2004** ORF-Mittagsjournal – „Im Journal zu Gast“ „das ist eine Frage die ich nicht beantworten möchte“

**18. Jan. 2004** ORF-Pressestunde, da vertrete ich mehr den katholischen Standpunkt“

**26. Feb. 2004** Standard / BILDUNG  
Gegen Diskriminierung aber die Ehe ist etwas für Mann und Frau



„Dr. Thomas Klestil war der erste Bundespräsident, der eine Abordnung von Homosexuellen empfangen hat, nämlich 1993 das Rechtskomitee LAMBDA (im Bild mit Dr. Helmut Graupner)“

**2000 – 2003** Durch die Völkerrechtsabteilung des Außenministeriums, bis zuletzt Verteidigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensgefährten im Mietrecht vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.: Die Diskriminierung der homo- und bisexuellen Menschen sei zum Schutze der „traditionellen Familie“ notwendig.

**2000 bis heute** Durch die Völkerrechtsabteilung des Außenministeriums permanente aktive Verteidigung des anti-homosexuellen Sonderstrafgesetzes § 209 vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mit ähnlichen Argumenten wie vor dem Verfassungsgerichtshof. Bis heute kein Eingeständnis einer Menschenrechtsverletzung an den verurteilten Beschwerdeführern und keine Bereitschaft zu ihrer vollständigen Entschädigung.

**4. Jul. 2002** Fischer gegen § 209-Ersatzbestimmung: gegen panikartige Anlassgesetzgebung im Strafrecht

**7. Jul. 2002** ORF-Pressestunde – Fischer: Unglücklich über Vorgehen der Regierung zu Paragraph 209 - Ersatzlösung nicht notwendig

**11. Sep. 2003** Bundesparteivorstand – Maßgebliche Unterstützung des SoHo-Antrags zur Ablehnung des Vatikan-Papiers gegen homosexuelle Partnerschaften. „Der Bundesparteivorstand der SPÖ bekennt sich daher klar zur geltenden Beschlusslage der SPÖ betreffend der rechtlichen Absicherung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften und zum Schutz Homosexueller vor Diskriminierung.“

**24. Jan. 2004** ORF-Mittagsjournal – „Im Journal zu Gast“ „Ich bin gegen Diskriminierung einer solchen Partnerschaft und ich glaube daß es auch vernünftig ist, gewisse Rechtsfolgen daran zu knüpfen wenn das gewünscht wird, zum Beispiel was Besuchsrecht im Spital usw. betrifft.“

**26. Feb. 2004** Standard / BILDUNG ich unterstütze die Möglichkeit des dauerhaften Zusammenlebens von Personen des gleichen Geschlechtes in Form von eingetragenen Partnerschaften

**27. Feb. 2004** Beitritt zum Unterstützungskomitee der Beratungsstelle COURAGE (Schwerpunkt gleichgeschlechtliche und transgender Lebensweisen) Ich wünsche mir, dass wir auch in Österreich – sowie in anderen europäischen Staaten – Wege finden, um ... durch das Institut einer eingetragenen Partnerschaft die Lebenssituation dieser Menschen zu erleichtern bzw. ihr Ziel einer auf Dauer eingerichteten Partnerschaft zu unterstützen.“

**Heinz FISCHER-Homepage** ([www.heinzfischer.at](http://www.heinzfischer.at)) ... unter DIALOG / Im DiaLog  
Was die sogenannte "Homo-Ehe" betrifft, sind für mich die Grundsätze der österreichischen Bundesverfassung und der internationalen Menschenrechtskonvention maßgebend:  
Niemand darf wegen seiner sexuellen Orientierung diskriminiert werden; alle Menschen sind gleichberechtigt und dürfen in ihrer Würde nicht verletzt werden.



## American Discount

more books. more magazines. more sports... more dreams

**3 bookshops**  
VIENNA AIRPORT TRANSIT Gate A + Gate C + Plaza (Shop 4) (Shop 49) (Shop 16)

**more bookshops**

Jakoministrasse 12 8010 Graz T +43-316-832 324	EKZ Donauzentrum A 1220 Wien T +43-1-203 95 18	Neubaugasse 39 A 1070 Wien T +43-1-523 37 07	Rechte Wienzeile 5 A 1040 Wien T/F +43-1-587 57 72
--	--	--	--

## SEXUALSTRAFRECHT

# Verschärfung beschlossen

**G**egen den Rat der vom Parlament gehörten ExpertInnen und gegen den Widerstand der Opposition wurde im Jänner mit dem Strafrechtsänderungsgesetz 2004 beschlossen, den 2002 als Ersatz für das antihomosexuelle Sonderstrafgesetz § 209 eingeführten § 207b StGB („Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen“) weiter auszudehnen, und die Bestimmungen für „Kinderpornografie“ auf Bereiche zu erweitern, die mit „Kinder“pornografie nichts zu tun haben.

Die Altersgrenze für „Kinder“pornografie wird von 14 auf 18 Jahre angehoben. So droht künftig bis zu ein Jahr Haft für den bloßen Besitz eines „pornografischen“ Bildes eines vollentwickelten 17-jährigen jungen Mannes oder einer vollentwickelten 17-jährigen jungen Frau (§ 207a StGB). Als „pornografisch“ gilt ein Bild dann, wenn es sexuelle Handlungen oder die Genitalien bzw. auch nur die Schamgegend abbildet und die Darstellung „auf sich selbst reduziert“, „von anderen Lebenszusammenhängen gelöst“ ist und der „sexuellen Erregung des Betrachters dient“ sowie „reisserisch verzerrt“ ist. Andere Abbildungen sexueller Handlungen oder der Genitalien/Schamgegend sind als bloß erotisch

(auch bei 14- bis unter 18jährigen) strafbar. Die neuen Bestimmungen treten mit 1. Mai 2004 in Kraft. Ab diesem Tag ist der Besitz etc. von solchem Bildmaterial strafbar; auch wenn die Bilder vor dem 01.05.2004 hergestellt worden sind. Auch Jugendliche selbst dürfen solche Bilder (anderer Jugendlicher) grundsätzlich weder herstellen noch besitzen oder gar (hier sogar Bilder von sich selbst) anderen zeigen oder überlassen.

HG

Maxingstraße  
22-24/4/9  
A-1130 Wien

Telefon/Fax  
+43(0) 876 61 12  
Mobiltelefon +43  
(0)676/309 47 37

## Dr. Helmut Graupner

Rechtsanwalt, Verteidiger in Strafsachen  
Auch zugelassen in der Tschechischen Republik.

[www.graupner.at](http://www.graupner.at)  
E-Mail: [hg@graupner.at](mailto:hg@graupner.at)

Sprecher der Plattform gegen § 209, Präsident Rechtskomitee LAMBDA, Co-Vorsitzender der Österreichischen Gesellschaft für Sexuellforschung (ÖGS), Vice-President for Europe der International Lesbian and Gay Law Association (ILGLaw), Member of the World Association for Sexology (WAS)

In Kooperation mit Kanzleien in Amsterdam–Berlin–Genf–Jerusalem–Kapstadt–Köln–London–Paris–Stockholm–Sydney–Toronto–Vancouver.

## RECHTSKOMITEE LAMBDA

www.RKLambda.at

### KURATORIUM

**Ass.-Prof. Dr. Josef Christian Aigner**, Institut für Erziehungswissenschaften, Universität Innsbruck;  
**Abg. z. NR a.D. Mag. Thomas Barmüller**, Liberales Forum;  
**LABg. a.D. Univ.-Prof. Dr. Christian Brünner**, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Universität Graz, Liberales Forum;  
**BM a.D. Abg. z. NR Dr. Caspar Einem**, stv. Bundesparteivorsitzender der SPÖ;  
**Prof. Erich Feigl**, Historiker, Schriftsteller, Regisseur;  
**Univ.-Prof. Dr. Max Friedrich**, Vorstand der Universitätsklinik für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters, AKH Wien;  
**Dr. Marion Gebhart**, Kinder- und Jugendanwältin der Stadt Wien a.D.;  
**Abg. z. NR Dr. Alfred Gusenbauer**, Bundesparteivorsitzender der SPÖ;  
**BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek**, SPÖ;  
**Abg. z. NR Dr. Elisabeth Hlavac**, SPÖ;  
**Dr. Lilian Hofmeister**, Expertin für Menschenrechte und Genderfragen;  
**OA Dr. Judith Hutterer**, Präsidentin des Österreichischen Aids-Komitees;  
**Abg. z. NR a.D. Dr. Volker Kier**, Liberales Forum;  
**Univ.-Prof. Dr. Christian Köck**, Universität Wien;  
**Univ.-Prof. Dr. Kurt Lüthi**, Professor für Dogmatik und Ethik der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Wien;  
**Univ.-Prof. Dr. Manfred Nowak**, Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Menschenrechte, Wien, Vizepräsident der Menschenrechtskammer für Bosnien-Herzegowina;  
**Mag. Heinz Patzelt**, Generalsekretär Amnesty International Österreich;  
**Univ.-Lekt. Mag. Dr. Rotraud A. Perner**, Österr. Gesellschaft für Sexuellforschung;  
**Abg. z. NR Dr. Madeleine Petrovic**, Die Grünen;  
**Univ.-Doz. Dr. Arno Pilgram**, Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, Univ. Wien;  
**DSA Monika Pinterits**, Kinder- und Jugendanwältin der Stadt Wien;  
**BM a.D. NRBg. Mag. Barbara Prammer**, stv. Bundesparteivorsitzende der SPÖ;  
**NRBg. Peter Schieder**, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates;  
**Dr. Anton Schmid**, Kinder- und Jugendanwältin der Stadt Wien;  
**Rainer Ernst Schütz**, Präsident des Clubs unabhängiger Liberaler (CULTUS), Wien;  
**Abg. z. NR a.D. Mag. Waltraud Schütz**, SPÖ;  
**Abg. z. NR Mag. Terezija Stoisits**, Justizsprecherin des Grünen Klubs im Nationalrat;  
**Günter Tolar**, TV-Showmaster i.R.;  
**Mag. Johannes Wahala**, Österr. Gesellschaft für Sexuellforschung;  
**Univ.-Prof. Dr. Ewald Wiederin**, Institut für Staats- und Verwaltungsrecht, Universität Salzburg

### Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Rechtskomitee LAMBDA, Vereinigung zur Wahrung der Rechte gleichgeschlechtlich l(i)ebender Frauen und Männer, 1060 Wien, Linke Wienzeile 102, Tel. & Fax: 876 30 61, Email: office@RKLambda.at, www.RKLambda.at

Herstellungs- und Verlagsort: Wien Erscheinungsdatum: 8. 4. 2004

Mündliche oder schriftliche Zitate sowie der Nachdruck einzelner Beiträge sind unter Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars jederzeit gestattet. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Mitglieder des Vorstands: Dr. Helmut Graupner (Präsident), John D. Marshall (Finanzreferent),

Walter Dietz, Harald Schilcher

Grundlegende Richtung: Wahrung der Rechte gleichgeschlechtlich l(i)ebender Frauen und Männer im Sinne des Rechtskomitees LAMBDA.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Wien

Jus AMANDI

## ANTI-DISKRIMINIERUNGSGESETZ

# ExpertInnen gegen Regierungsentwurf

**A**m 18. März 2004 hat der Gleichbehandlungsausschuss des Nationalrats 20 ExpertInnen zu den Regierungsvorlagen für die Gleichbehandlungsgesetze gehört, darunter auch den Präsidenten des Rechtskomitees LAMBDA und Österreichs Mitglied in der EU-Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Diskriminierung auf Grund sexueller Orientierung, *Dr. Helmut Graupner*. Mit den Gleichbehandlungsgesetzen (Gleichbehandlungsgesetz, GIBG, und Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, B-GBG) sollen die EG-Anti-Diskrimi-

nierungsrichtlinien umgesetzt werden. Die Frist für deren Umsetzung ist bereits im Vorjahr abgelaufen.

Die meisten ExpertInnen (darunter alle VertreterInnen von NGOs) übten, zT heftige, Kritik an den Regierungsplänen und plädierten für ein umfassendes Anti-Diskriminierungsgesetz mit einheitlichem Schutzniveau statt des verfassungs- und europarechtswidrigen Regierungsentwurfs, der 4 Klassen von Diskriminierungsopfern schafft. (mit Lesben und Schwulen in der untersten Klasse)

## ÖSTERREICH

# Klare Mehrheit für die gleichgeschlechtliche Ehe

**Rechtskomitee LAMBDA:  
Bevölkerung bereits viel weiter als PolitikerInnen**

**N**ach einer europaweiten Gallup-Umfrage befürwortet eine klare Mehrheit der ÖsterreicherInnen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. 48% der ÖsterreicherInnen über 15 Jahren sprechen sich dafür aus, auch zwei Männern bzw. zwei Frauen die Eheschließung zu ermöglichen. Nur mehr 41% sind dagegen. Die Zustimmung zur gleichgeschlechtlichen Ehe liegt in Österreich damit nur wenig unter dem EU-Durchschnitt.

57% aller EU-BürgerInnen treten für die gleichgeschlechtliche Ehe ein.

"Österreichs Bevölkerung ist in dieser Frage bereits viel weiter als unsere PolitikerInnen", kommentiert der Wiener Rechtsanwalt *Dr. Helmut Graupner*, Präsident der Homosexuellen-Bürgerrechtsorganisation Rechtskomitee LAMBDA, „hat doch bisher noch keine einzige der vier Parlamentsparteien die Forderung nach der Aufhebung des Eheverbots für gleichgeschlechtliche Paare erhoben“.

Details zu der gallup-Umfrage finden sich auf <http://www.eosgallupeurope.com/homo/index.html>.

